

PARLAMENTSREPORT



Liebe Leserinnen
und Leser,

Sachsen erlebt einen weitgehenden politischen Stillstand. Im Parlament tagen keine Ausschüsse, weil die Fraktionen, die eine Regierung bilden wollen, noch darüber verhandeln. Während CDU, SPD und Grüne beraten, tragen wir erste Forderungen in die Öffentlichkeit. Das Ergebnis der Sondierungsverhandlungen macht aber wenig Hoffnung auf Bewegung. Bei grundlegenden Punkten herrscht Uneinigkeit, obwohl große Würfe gefragt wären.

Höhere Löhne lassen sich kaum erreichen, ohne das Vergabegesetz grundlegend zu verändern. Den Kommunen mehr finanzielle Beifreiheit zu geben wäre richtig – doch dazu müsste die Staatsregierung Einfluss abgeben. Mehr Menschen an den öffentlichen Nahverkehr anzubinden wäre vernünftig, aber die CDU will den Verkehrsverbänden wohl ihre strukturelle Verhinderungsmacht sichern. Im Bildungsbereich ist die Uneinigkeit besonders groß – dabei müsste die Finanzierung der Kitas und Hochschulen endlich beherzt verbessert werden. Auch ob die Gemeinschaftsschule eingeführt wird, ist fraglich. Beim Wiederaufbau der Polizei wird nicht einmal versucht, schneller mehr Beamte auf die Straßen zu bekommen. Beim Polizeigesetz wurde die Grundlogik des Misstrauens gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern offenbar akzeptiert. Das letzte Wort hat nun der Verfassungsgerichtshof, den wir gemeinsam mit den Grünen angerufen haben.

Und mich würde übrigens auch interessieren, was die Koalitionäre über die Zukunft der Industrie im Großraum Chemnitz denken – Stichwort E-Mobilität. Denn das Thema Strukturwandel betrifft nicht nur die Braunkohlereviere.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Leipzig soll kein Militärflughafen werden!

Die Nachricht kam überraschend: Den Medien war Ende Oktober zu entnehmen, dass Rüstungskonzerne am Flughafen Leipzig-Halle ein Logistik-Hub für Militärhubschrauber bauen wollen. Kern soll der Helikopter CH-53K der deutschen Rüstungsfirma Rheinmetall und des US-Unternehmens Sikorsky sein, der laut „Leipziger Volkszeitung“ den Zuschlag als neuer Transporthubschrauber erhalten könnte. Die Bundeswehr wolle 45 bis 60 Helikopter beschaffen, die Rüstungskonzerne wollten dann in Leipzig ein Zentrum für Logistik, Wartung und Flottenmanagement des Helikopters aufbauen.

Mehrheitsgesellschafter des Flughafens ist mit 94 Prozent die Mitteldeutsche Flughafen AG, an welcher der Freistaat 77,29 Prozent hält. „Ob aus Leipzig ein Umschlagplatz für Luftwafentechnik gemacht wird oder nicht, ist eine politische Entscheidung“, mahnt **Marco Böhme, Leipziger Abgeordneter und mobilitätspolitischer Sprecher der Linkenfraktion**. „Militärische Nutzung des Airports hat bereits Kritik ausgelöst, es gibt keinerlei politische Legitimation für die faktische Schaffung eines Militärflughafens.“ Deshalb wolle er aufklären, ob die Staatsregierung bereits seit einem Jahr heimlich an den Militarisierungs-Plänen mitwirkt, wie es aus einem Interview der Leipziger Volkszeitung mit einem Rheinmetall-Manager hervorgeht. Immerhin gehe es nicht um irgendwelche Privatgeschäfte.

„Bekanntlich ist die Rüstungsindustrie nicht vorrangig für die Bekämpfung von Waldbränden zuständig, sondern für optimal wirksame Technik für Kriegführung“, so Böhme. Das sei eine friedens-, aber auch eine umweltpolitische Frage: Schon jetzt ist nächtlicher Frachtluftverkehr eine Belastung der Bevölkerung. „Die Linkenfraktion lehnt aus all diesen Gründen einen Militärflughafen Leipzig ab.“

Nur noch peinlich sei das Totschlagargument Arbeitsplätze: Leipzig hat 600.000 Einwohner, da wären 150 Arbeitsplätze rund um einen Militärhubschrauber weniger als ein Promille des Arbeitsmarktes. „Das kann den mit einem solchen Militärstandort angeordneten Schaden nicht aufwiegen“, so der LINKEN-Politiker. „Übrigens auch nicht den Schaden am Image unserer Stadt: Geschäfte mit dem Tod passen nicht zum Ruf eines friedlichen, internationalen Handelsplatzes.“

Böhme hat der Staatsregierung die folgenden Fragen gestellt, die binnen vier Wochen beantwortet werden müssen:

1. Nach Aussagen des Rheinmetall-Aviation-Chefs Mike Schmidt befindet sich der Rüstungskonzern Rheinmetall „seit knapp einem Jahr im Gespräch mit dem Flughafenmanagement und der Politik, insbesondere auch mit der sächsischen Staatskanzlei und Abgeordneten in der Region“. Wenn dem so ist, warum hat die Staatskanzlei diese Sondierungen

verschwiegen, gerade angesichts der Tatsache, dass militärische Nutzungen des Flughafens in der Vergangenheit öffentlich kritisch diskutiert wurden?

2. Rüstungsmanager Schmidt spricht mit Blick auf den Super-Militärhubschrauber über „komplexe Einsätze, die wir in der Zukunft erwarten“. Um welche Einsätze in welchen Kriegs- und Krisengebieten wird es sich nach Kenntnis der Staatsregierung handeln?

3. Verfolgt die Staatsregierung das Ziel, „Leipzig zu einem neuen Hub für Luftwaffentechnik“ zu entwickeln? Wenn ja, in welchen gültigen Leitbildern der Landes- und Regionalentwicklung ist dieses Ziel verankert?

4. Würde am Airport Schkeuditz tatsächlich „ein Logistikzentrum sowie ein Zentrum für das Flottenmanagement“ dieses neuen, vermeintlich strategisch wichtigen militärischen Lastenhubschraubers entstehen, wie schätzt die Staatsregierung die daraus abzuleitende unmittelbare und mittelbare Gefährdungslage (etwa durch terroristische Anschläge) ein?

5. Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung über die zu erwartenden, von diesem Logistik-Hub für Militärhubschrauber ausgehenden Lärm- und Schadstoffemissionen vor, auch im Hinblick auf die bereits von Nachtlärm durch DHL-Transporte betroffene Anwohnerschaft?



Leipzig-Halle wird weiter zum Militärflughafen umgebaut. Hey, Staatsregierung: Meint ihr wirklich, dass ein Logistik-Hub für Militärhubschrauber nötig ist? DHL macht schon genug Lärm und Dreck, und überhaupt: Aufrüstung ist nie ein Grund zur Freude!

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

www.linksfraktion-sachsen.de

Klimaschutz geht nur gerecht – Zeit für eine Millionärssteuer

Hitze, Trockenheit, Stürme, Fluten: Unter der Klimaerhitzung leiden wir alle. Aber wenn alle mitmachen sollen beim Klimaschutz – der ja eigentlich ein Schutz der Menschen vor selbst verursachten Klimaveränderungen ist –, muss die Last gerechter verteilt werden.

Denn nicht alle können sich schon heute stets klimafreundlich verhalten, etwa weil es vor Ort keine Alternative zum Auto gibt oder kein Geld da ist für einen sparsamen Kühlschrank oder eine klimafreundlichere Heizung.

Das „Klimapaket“ der Bundesregierung nimmt auf all das keine Rücksicht. Es belastet Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen deutlich stärker als jene, die viel Geld haben und sich üblicherweise auch einen größeren Ressourcenverbrauch leisten können. Vor allem letztere müssten aber an den Kosten der Klimakrise beteiligt werden, findet **Marco Böhme, Klimaschutz-Experte der Fraktion DIE LINKE**. „Klimaschutz geht nicht ohne Klimagerechtigkeit.“

Deshalb ist gerade jetzt die Millionärssteuer das Gebot der Stunde. Die Linksfraktion hat die Staatsregierung im Landtag aufgefordert, in Berlin aktiv zu werden, damit für alle privaten Geld- und Sachvermögen ab einem Betrag von einer Million Euro eine Vermögenssteuer wieder erhoben wird. Mit den Einnahmen sollen Menschen mit niedrigem Ein-

kommen von den finanziellen Folgen des „Klimapakets“ der Bundesregierung entlastet werden. Denkbar sind Anschub-Investitionen in öffentliche Infrastruktur beispielsweise des Personennahverkehrs und des Radverkehrs, um treibhausgasarme Mobilität für alle zu ermöglichen. Dann wären Pendler unter Umständen nicht mehr zwingend auf das Auto angewiesen. Aber auch Förderprogramme für energetische Sanierung oder neue

Heizungen wären dann besser möglich. Grundsätzlich gilt: Wer politisch klimafreundliches Verhalten fordert, wo das gar nicht möglich ist, erzeugt Trotzreaktionen und Abwehrhandeln („Fridays for Hubraum“).

Auch die **Strukturwandel-Strategie der LINKEN, Antonia Mertsching**, ist sich sicher: Gerade im Niedriglohn- und Pendler-Land Sachsen entscheidet die soziale Abfederung

der Klimaschutz-Maßnahmen über deren gesellschaftliche Akzeptanz. „Um die Bereitschaft für Veränderung zu erhöhen, muss die Landespolitik dafür die Rahmenbedingungen schaffen – insbesondere auch im ländlichen Raum!“

Wir streiten im Landtag und außerhalb dafür, dass der Kampf gegen die Klimaerhitzung tatsächlich von allen geführt werden kann.



Bild von Gerd Altmann auf Pixabay

Freie Fahrt mit Bus und Bahn auch für Freiwilligendienst-Leistende!

Aufgabe der Opposition ist es auch, falsche Prioritätensetzungen anzuprangern. Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Uniform dürfen ab 2020 bundesweit kostenfrei mit der Deutschen Bahn fahren – als Anerkennung ihrer Leistungen im Dienst, so die Bundesregierung. Diese alleinige Privilegierung der Soldatinnen und Soldaten ist nicht nachvollziehbar. Aus Sicht der Linksfraktion muss eine solche Kostenfreiheit bei der Personenbeförderung beispielsweise auch für die Bundesfreiwilligendienst-Leistenden gelten.

Das wäre nicht nur gerecht und eine wichtige Anerkennung ihres Dienstes, der denselben auch attraktiver machen würde. Es gibt zudem handfeste finanzielle Argumente. Denn Angehörige der Bundeswehr steigen mit einem monatlichem Grundgehalt von über 2.000 Euro ein, während Dienstleistende im Bundesfreiwilligendienst (BFD), im Freiwilligen Ökologischen (FÖJ) und Freiwilligen

Sozialen Jahr (FSJ) sowie dem Freiwilligendienst aller Generationen (FdaG) maximal nur ein Taschengeld von 300 bis 400 Euro pro Monat erhalten. In Sachsen leisten derzeit mehr als 5.000 Menschen einen solchen freiwilligen Dienst. Mobilitätskosten können einen Großteil ihres Taschengeldes auffressen.

Einer der ersten Anträge der Linksfraktion will die Staatsregierung deshalb beauftragen, im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung auf eine bundeseinheitliche Regelung hinzuwirken. Alle Freiwilligendienst-Leistenden sollen – analog zu der für Soldatinnen und Soldaten geltenden Regelung – bundesweit einen Rechtsanspruch auf entgeltfreie Nutzung des ÖPNV für die Dauer des jeweiligen Freiwilligendienstes bekommen.

Bis zur Einführung einer solchen Regelung sollen alle Freiwilligendienst-Leistenden in Sachsen kostenlos das sächsische AzubiTicket für eine sach-

senweite Nutzung des ÖPNV bekommen. Ein AzubiTicket kostet aktuell 48 Euro monatlich (Jahresabo); wenn alle Verkehrsverbünde in Sachsen „dazu gebucht“ werden, erhöht sich der Preis auf 68 Euro im Monat.

Zahlreiche Träger der Freiwilligendienste hatten sich auch an die Abgeordneten der Linksfraktion gewandt und diese berechtigte Forderung erhoben. Wir sind nun wie sie gespannt auf die Argumente der Koalition.



Bild von Erich Westendorp auf Pixabay

Pflegebedürftige und ihre Familien endlich entlasten

„Die monatlichen Kosten für die Pflegeaufwendungen trägt die Pflegekasse in Höhe des gesetzlichen Sachleistungsbetrages, je nach Pflegegrad. Alle darüber hinausgehenden Pflegekosten sowie Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Ausbildungsvergütung und Investitionskosten müssen vom Pflegebedürftigen als Eigenanteil finanziert werden. Die Höhe ist je Einrichtung unterschiedlich aufgrund der in der Einzelverhandlung geltend gemachten prospektiven Kosten.“

So hat es die Kommission aus Abgeordneten und externen Fachleuten festgehalten, die jahrelang über die „Sicherstellung der Versorgung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege älterer Menschen im Freistaat Sachsen“ beraten und Ende 2018 umfangreiche Empfehlungen vorgelegt hat. Hinter dieser bürokratischen Formulierung steckt in vielen Familien eine alltägliche Katastrophe, kritisiert die **Sozialpolitikerin der Linksfraktion, Susanne Schaper**. Denn oft reicht die Rente selbst in Kombination mit den Leistungen der Pflegeleistungen nicht aus. Vor allem dann nicht, wenn ein stationärer Pflegeplatz finanziert werden muss, für den oft ein Eigenanteil von mehreren hundert bis mehr als tausend Euro fällig wird. In etwa drei Vierteln der sächsischen Pflegeheime sind beinahe alle Bewohnerinnen und Bewohner auf das Sozialamt angewiesen – obwohl sie jahrzehntelang gearbeitet haben!

Die Linksfraktion dringt auf Entlastung. Die Landesregierung soll dafür

streiten, dass die Eigenanteile im Bereich der ambulanten und stationären Pflege gedeckelt werden. Stei-



Bild von truthseeker08 auf Pixabay

gende Kosten, die aus an sich vernünftigen Lohnsteigerungen für das Pflegepersonal folgen, wären dann von der Pflegeversicherung und aus Steuermitteln zu finanzieren, nicht mehr von den Betroffenen. Bis zu dieser Deckelung soll der Freistaat

ein zeitlich befristetes Landespflegegeld einführen, das als Zuschuss zur Deckelung der Eigenanteile gezahlt

wird. Die Altenpflegeeinrichtungen in Sachsen sollen außerdem – in Anlehnung an die Krankenhausfinanzierung – Zuschüsse in der erforderlichen Höhe erhalten, damit sie ihre Investitionskosten nicht mehr auf die Pflegebedürftigen umlegen.

Auch weitere Handlungsempfehlungen der Kommission soll die Regierung endlich umsetzen: unter anderem eine regional differenzierte Landesbedarfsplanung; bessere Arbeitsbedingungen durch Lohnkostenzuschüsse bis hin zur tarifgebundenen Anhebung der Löhne auf das Niveau in der Krankenpflege der westlichen Bundesländer (mindestens 3.000 Euro im Monat brutto für Pflegefachkräfte); gesetzliche Kriterien zur Personalbemessung. Zudem soll die Ausbildungs- und Fachkräftesituation entschärft werden, indem mehr Plätze für Ausbildung, Studium, Weiterbildung und Anpassungsqualifizierung geschaffen werden. Die Kosten der Ausbildung soll der Staat tragen. Pflegenden Angehörige sollen zusätzlich entlastet werden, indem sie bessere Beratungsmöglichkeiten bekommen und ihre Leistung in Form einer Entgeltersatzleistung vergütet wird. Sie sollen sich beitragsfrei über die Krankenversicherung der Pflegebedürftigen absichern können und Zugang zu Leistungen der Gesundheitsförderung sowie der Rehabilitation erhalten. Ihre Pflegezeiten sollen bei der Rentenberechnung genauso angerechnet werden wie Kindererziehungszeiten.

Wichtigster Punkt ist indes der Ausbau der gesetzlichen Pflegeversicherung in eine solidarische Pflegevollversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger gemäß der Höhe ihrer vollen Einkommen aus Arbeit oder am Kapitalmarkt einzahlen. Pflege bleibt ein Hauptthema in Sachsen – wir werden weiter Druck machen!

Landesmedienanstalt demokratischer machen

Geldverschwendung, Intransparenz, undemokratische Entscheidungsstrukturen: Die „Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien“ (SLM) ist von Affären geschüttelt. Sie beaufsichtigt den privatwirtschaftlichen Rundfunk, lässt private Hörfunk- und Fernsehveranstalter zu und berät sie, und sie unterstützt Forschungs- und Medienkompetenzprojekte. An ihrer Spitze steht ein fünfköpfiger Medienrat, die vom Landtag mehrheitlich gewählt werden, sowie die Versammlung der SLM, der 35 Vertreterinnen und Vertreter von Staatsregierung, Landtagsfraktionen und gesellschaftlich relevanten Organisationen angehören.

Zwischen beiden Gremien kommt es ständig zu großen Spannungen. Auch deshalb hatte die Versammlung der SLM am 20.08.2019 einen „Vorschlag zur grundlegenden Veränderung der Organisationsstrukturen in der SLM als eine Empfehlung an den neu gewählten Landtag und die Staats-

regierung“ beschlossen. Denn die Versammlung ist mit sehr geringen Vollmachten ausgestattet, alle entscheidenden Zuständigkeiten liegen beim Medienrat.

Die Linksfraktion will für diese umfassende Demokratisierung sorgen und fordert per Antrag die Staatsregierung auf, für eine Reihe von Veränderungen zu sorgen. **Antje Feiks,**

für Medienpolitik zuständige Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, und Juliane Nagel, Vertreterin der Fraktion in der SLM-Versammlung, fordern: „Ein paar Brotkrumen reichen nicht, es muss jetzt eine strukturelle Neuaufstellung geben!“

An die Stelle des Medienrats soll eine Direktorin oder ein Direktor gesetzt

werden, die oder der als Vollzugsorgan für die Versammlung fungiert. Diese muss zudem selbst weiterentwickelt werden, um die Vielfalt der Gesellschaft noch besser widerzuspiegeln. Zugleich soll die Versammlung transparenter werden, indem sie künftig grundsätzlich öffentlich tagt. Der Landtag soll die medienfachliche Kompetenz der SLM durch befristete Entsendung von fünf Fachleuten auf den Gebieten Medienwirtschaft, Informations- und Rundfunktechnologie, Medienrecht, quantitative und qualitative Medienforschung stärken.

Das alles ist kein Selbstzweck, so die LINKEN Abgeordneten: „Es geht um bestmögliche Förderung der regionalen und lokalen Medienvielfalt und eine auskömmliche Finanzierung der Anbieterinnen und Anbieter nicht-kommerziellen Rundfunks. Es kann nicht immer nur um Quote gehen, sondern auch um Förderung von mehr Qualität von Rundfunk- und Medienprogrammen!“



Bild von Gerrit Altmann auf Pixabay

Antisemitismus-Prävention ist Chefsache

Der rechtsterroristische Anschlag auf die Synagoge in Halle hat die Republik schockiert. Unser Mitgefühl ist bei den Hinterbliebenen der beiden getöteten Menschen, unsere Solidarität gehört den jüdischen Gemeinden! Es ist beklemmend, dass nur eine funktionierende Tür ein Massaker verhindert hat, und es ist bedrückend, wenn in Deutschland Synagogen von Polizeibeamten mit Maschinenpistolen bewacht werden müssen.

Es sollte nun auch dem Letzten klar geworden sein, dass die militante extreme Rechte immer unverhohlenen agiert und sich niemand auf dem Argument ausruhen kann, es habe sich um einen Einzeltäter gehandelt. Das Verbrechen zeigt, wie aus Worten Taten werden. „Deshalb sind wir zu äußerster Aufmerksamkeit herausgefordert, wenn seit Jahren die antisemitischen Straftaten auf erschreckend hohem Niveau verharren“, so der **Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Rico Gebhardt**. „Oftmals handelt es sich zwar um Parolen, doch die aktuelle Bluttat zeigt, wie der in Worten artikulierte Vernichtungswille zum Verbrechen wird.“ Im ersten Halbjahr 2019 wurden sachsenweit mindestens 55 antisemitische Straftaten registriert. Im gesamten Jahr 2018 wurden 138 antisemitische Straftaten erfasst, 2017 waren es 118 Fälle gewesen.

Solche Gewalttaten, ob in Halle, Kassel oder anderswo, haben ein gesellschaftliches Umfeld. Selbst nach der Mordserie des NSU wurde versucht, die Urheber auf ein „Trio“ zu reduzieren. Dabei konnten sie nur durch ein weitgefächertes Helfernetzwerk so

lange unentdeckt morden. Die wachsende Militanz der extremen Rechten hat einen gesellschaftlichen Nährboden. Es reicht auch nicht mehr, ständig zu wiederholen, dass bei uns kein Platz für Antisemitismus ist, wenn der Antisemitismus eine ständige reale Bedrohung ist. Offenbar muss der Verfolgungsdruck der Polizei systematisch erhöht und das Frühwarnsystem der Sicherheitsbehörden geschärft werden. Letzteres ist in Sachsen mit dem Verfassungsschutz nahezu ein Totalausfall. „Zugleich erwarte ich, dass die jüdischen Gemeinden mit der Verantwortung für die Sicherheit ihrer Mitglieder nicht allein gelassen werden“, so Rico Gebhardt.

Die Landesregierung sollte zudem den „Beauftragten zur Förderung des jüdischen Lebens“ personell, materiell und strukturell so ermächtigen, dass diese Stelle insbesondere der Herausforderung durch den Antisemitismus gerecht werden kann. Mit dem spärlichen Etat von gerade mal 150.000 Euro im Jahr kann Sachsen den Antisemitismus weder wirksam bekämpfen noch jüdisches Leben angemessen fördern. Die Stelle gehört auch in die Staatskanzlei und nicht ins Kultusministerium, weil die Bekämpfung von Antisemitismus eine Querschnittsaufgabe ist.

Die Organisation des jüdischen Lebens geschieht in beeindruckender Weise durch die Jüdinnen und Juden. Aufgabe des Staates aber ist es, dieses jüdische Leben nicht nur zu fördern, sondern auch zu schützen. Der wirksamste Schutz ist die Antisemitismus-Prävention.



© claudia gabriela marques veira / flickr.com / CC BY-ND 2.0

Peter Porsch wurde 75 – herzlichen Glückwunsch!

Am 15. Oktober 2019 feierte Prof. Dr. **Peter Porsch, langjähriger Vorsitzender der PDS-Landtagsfraktion**, seinen 75. Geburtstag. Rico Gebhardt, sein Nach-Nachfolger im Amt, würdigte ihn öffentlich: „Peter Porsch prägt seit fast drei Jahrzehnten die Geschichte der Linken in Sachsen mit, darunter 13 Jahre als Vorsitzender der Landtagsfraktion. Er war und ist immer unbequem: den Regierenden, der politischen Gegenseite, aber auch den eigenen Leuten und wohl auch sich selbst gegenüber. Zugleich ist er nie unangenehm, sondern von feinsinnigem Humor.“

Porsch's Zwischenrufe seien Legende und Gegenstand mancher Anekdoten. So hat ihn Kurt Biedenkopf einmal im Landtag dafür kritisiert, dass er die Nationalhymne nicht mitsang – ob er denn nicht wisse, wer sie geschrieben hat? Doch, das wisse er wohl, war Porsch's Antwort. Aber er wisse auch, wer sie schon alles gesungen hat.

„Wer mit seinen Fragen und Bemerkungen konfrontiert wurde, hatte zu tun“, so Gebhardt. „Porsch, dessen Wienerischer Migrationshintergrund

sprachlich nie verlorengegangen ist, blieb auch in härtesten Debatten liebenswert, wofür dieser Ausspruch stehen möge: ‚Gestatten Sie, dass ich mich wundere.‘“

Gebhardt wünscht Peter Porsch auch im Namen der Linksfraktion weiter-

hin eine rege publizistische Tätigkeit, viel Glück mit der Familie und weniger Leid mit der eigenen Partei, nicht zuletzt das, was immer wertvoller wird: Gesundheit. „Wir sind ihm dankbar dafür, dass er der Arbeit an linken, humanistischen, menschenfreundlichen Alternativen für die Gesell-

schaft treu geblieben ist, auch wenn ihm selbst in Zeiten größter politischer Erfolge nicht immer gebührender Dank zuteilwurde. Dass Sachsen schon eine gut funktionierende Opposition bekam, als Opposition vielen noch als Majestätsbeleidigung galt, ist auch sein Verdienst.“



Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag